
Zwischen Skylla und Charybdis

Im Gefolge der weltweiten wirtschaftlichen Erholung beginnt sich auch die deutsche Wirtschaft aus der hartnäckigen Stagnation zu lösen, in die sie im Jahre 2001 geraten war. Seit Herbst letzten Jahres sind Nachfrage und Produktion in der Grundtendenz wieder aufwärts gerichtet, und das reale Bruttoinlandsprodukt ist leicht gestiegen. Das Expansionstempo ist allerdings sehr verhalten, und die Auslastung der Kapazitäten geht immer noch zurück. In ihrem im April vorgelegten Frühjahrgutachten gehen die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute davon aus, dass sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland fortsetzt und an Breite gewinnt. Wichtigste Triebkraft bleibt die Auslandsnachfrage. Zwar wird die kräftige Aufwertung des Euro noch eine Zeit lang nachwirken. Die davon ausgehenden dämpfenden Effekte werden aber im nächsten Jahr abklingen. Das ist auch ausschlaggebend dafür, dass sich die für das Jahr 2005 aufgrund des Wegfalls fiskalischer Impulse in den USA und der Bemühungen um Eindämmung des Booms in China zu erwartende ruhigere Gangart der Weltkonjunktur in Deutschland wie auch im übrigen Euroraum nicht sehr stark bemerkbar machen wird.

Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt somit günstig und stützt die Konjunktur. Gleiches gilt für die monetären Rahmenbedingungen. Die Institute gehen davon aus, dass die Europäische Zentralbank angesichts einer nur langsam in Gang kommenden konjunkturellen Erholung im Euroraum und nur geringer, in erster Linie außenwirtschaftlich bedingter Inflationsrisiken die Zinsen in diesem wie auch im nächsten Jahr auf dem derzeitigen niedrigen Niveau belässt. Die langfristigen Zinsen werden zwar mit dem Anstieg der Kapitalnachfrage im Zuge des weltweiten Konjunkturaufschwungs etwas anziehen. Sie sind aber im längerfristigen Vergleich weiterhin relativ niedrig. Gleichwohl ist ein kräftiger Aufschwung wenig wahrscheinlich. Wesentliche Gründe dafür sind die gedrückten Einkommenserwartungen und die anhaltende Verunsicherung von privaten Haushalten und Unternehmen durch die Wirtschaftspolitik. Das Expansionstempo wird im Jahre 2005 zwar etwas stärker sein als in diesem Jahr. Die Auslastung der Produktionskapazitäten wird aber auch dann kaum zunehmen, so dass von einem Aufschwung nicht die Rede sein kann. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen ergibt sich für die Jahre 2004 und 2005 jeweils ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,5%. Für eine rasche Besserung der Lage am Arbeitsmarkt ist das zu wenig. Immerhin dürfte – gefördert durch die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik – im Jahre 2005 die Zahl der Erwerbstätigen erstmals seit drei Jahren wieder leicht zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird zwar schon in diesem Jahr etwas zurückgehen, aber allein deshalb, weil seit Januar Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos gezählt werden.

Trotz der sich abzeichnenden konjunkturellen Erholung besteht kein Anlass zur Euphorie. Die Konjunktur hängt nach wie vor am Tropf der Weltwirtschaft und ist deshalb sehr anfällig für externe Schocks wie etwa einen neuen Ölpreisschock. Eine kräftige Expansion der Binnennachfrage, die notwendig wäre, um die Erholung auf ein solides Fundament zu stellen, ist derzeit nicht in Sicht, und auch für die Zeit nach 2005 sind die Aussichten auf eine deutliche Beschleunigung gegenwärtig nicht allzu rosig. Die Finanzpolitik befindet sich damit in einer wenig beneidenswerten Lage. Bei einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,5% wird das gesamtstaatliche Budgetdefizit auch im kommenden Jahr mit 3,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt die im Maastricht-Vertrag festgelegte Obergrenze von 3% überschreiten. Deutschland wird damit das vierte Jahr in



Eckhardt Wohlers

Folge den Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat somit hohe Priorität, auch um sich nicht neuen Ärger mit der EU-Kommission einzuhandeln.

Gleichzeitig müssen Schritte unternommen werden, um die Wachstumskräfte zu stärken. Ein wichtiger Beitrag dazu wäre eine deutliche Erhöhung der Ausgaben für Investitionen und für die Bildung von Humankapital, deren Rückgang in den vergangenen Jahren die Wachstumsschwäche mit verursacht hatte. Außerdem erfordert die demographische Entwicklung weitere Maßnahmen in der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung; die bisherigen Schritte schaffen lediglich eine Verschnaufpause. Weitergehende Reformvorschläge, z.B. der Rürup-Kommission, liegen bereits vor, sie harren aber noch der Umsetzung. Schließlich müssen am Arbeitsmarkt Fehlanreize korrigiert und Einstellungshemmnisse abgebaut werden. Hier hat die Regierung im Rahmen der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik zwar eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet bzw. vorgesehen, die in die richtige Richtung zielen. Schon wegen der nicht unerheblichen Mitnahme- und Verdrängungseffekte sind die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt aber begrenzt.

Die Regierung sieht sich zwischen Skylla und Charybdis und ist sich, wie die derzeitige Diskussion zeigt, offenbar selbst nicht mehr sicher, welchen wirtschaftspolitischen Kurs sie fahren soll. Zwar wird immer wieder betont, dass man am Konsolidierungskurs festhalten wolle und weiterhin bemüht sei, das Budgetdefizit im Jahre 2005 wieder unter die 3%-Marke zu drücken. Gleichzeitig wird aber auch geäußert, dass man den beginnenden Aufschwung nicht „kaputtsparen“ dürfe und den Stabilitätspakt „flexibler“ handhaben müsse. Zwar soll der Reformprozess fortgeführt werden, doch gleichzeitig wird davon gesprochen, dass den Wählern Weiteres vorerst nicht mehr zugemutet werden könne. Schließlich will man durch eine Innovationsoffensive und mehr Ausgaben für Investitionen und Bildung die Wachstumskräfte stärken, zur Finanzierung werden aber auch wieder höhere Kredite ins Auge gefasst, was sich mit dem Konsolidierungsziel beißen würde.

In der gegenwärtigen Situation, die von einem erheblichen Mangel an Vertrauen in die Finanzpolitik geprägt ist, wäre ein Versuch, durch zusätzliche Ausgaben auf Pump die Auftriebskräfte zu stärken, mit großer Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt. Statt Wachstumsimpulse zu geben, würde lediglich ein Strohfeuer entfacht, so dass mittelfristig kaum etwas gewonnen wäre – außer einer noch höheren Verschuldung. Deshalb wäre es besser, am Konsolidierungskurs – wie auch am Stabilitätspakt – festzuhalten. Die Haushaltssanierung sollte allerdings ohne Erhöhung von Steuern geschehen; die von Regierungsseite wieder ins Spiel gebrachte Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre in der gegenwärtigen Situation kontraproduktiv. Auf die notwendige Ausweitung der Ausgaben für Investitionen und Bildung muss dabei nicht verzichtet werden. Die derzeit diskutierte Finanzierung durch Privatisierungserlöse oder den Verkauf von Goldreserven der Bundesbank wäre für Sachinvestitionen durchaus erwägenswert. Besser noch wäre eine Finanzierung über Umschichtungen innerhalb der öffentlichen Haushalte. Spielraum für Streichungen gibt es insbesondere bei den Subventionen, wobei die Lasten gleichermaßen auf private Haushalte und Unternehmen verteilt werden sollten. Um eine fruchtlose und zeitraubende Diskussion über „gute“ und „schlechte“ Subventionen zu vermeiden, sollte dabei nach der Rasenmähermethode vorgegangen werden; als Ausgangspunkt könnten die Vorschläge der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück dienen. Mit dem Abbau von Subventionen würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, denn über eine bessere Allokation der Ressourcen und Effizienzgewinne würde das Wachstum zusätzlich gestärkt.